

Der Steinmetz- und Bauarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint 14-tägig. Bezugspreis: Vierteljährl. 2,50 M. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Adolf-Hitler-Straße 30, IV, Aufgang B und C. Ruf 338 19.

Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 Mark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheck Leipzig Nr. 56 383: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig C 1, Adolf-Hitler-Straße 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags.



37. Jahrgang

Sonnabend, den 3. Juni 1933

Nummer 21-22

Der 1. Kongreß der Deutschen Arbeitsfront

Adolf Hitler unser Schirmherr!

Deutschland hat schon viel Arbeiterkongresse erlebt, aber sie waren kein Erlebnis, nicht einmal für die, die es anging. Der Alltag schritt gleichgültig über sie hinweg.

In den Köpfen der vielen Arbeiter- und Angestelltenvertreter, die weder marxistisch noch nationalsozialistisch gesinnt sind und die auf dem ersten deutschen Arbeiterkongreß am 10. Mai 1933 anwesend waren, wird es manches Kopfzerbrechen gegeben haben. Hatten sie doch von einem „Kongreß“ ganz andere Meinungen.

So ein Kongreß mußte mindestens drei Tage dauern, und es mußte unendlich viel geredet werden und zum Schluß gingen alle Teilnehmer unbefriedigt weg. In den Zeitungen aber stand zu lesen, daß der Kongreß unendlich fleißig gearbeitet habe, und dann ging's wieder im alten Trott weiter, als ob nichts weiter gewesen wäre.

Solche Erwägungen werden unseren Freunden und denen, die es werden wollen, in den Sinn gekommen sein, als sie die Auszeichnung hatten, am ersten deutschen Arbeiterkongreß teilnehmen zu dürfen.

Schon das äußere Bild ganz, ganz anders als früher. Die Reichsregierung vollzählig anwesend mit unserem Adolf Hitler an der Spitze, die 2 Statthalter, die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die Offiziere der Reichswehr, die Vertreter der Arbeitgeber, der Bauernschaft, der Handwerker, sie alle nehmen Anteil an dem, was zum Wohl der Arbeitnehmer geschehen soll.

Wie war's doch ehemals? Auf roten Kongressen „beehrte“ ein roter, auf schwarzen Kongressen ein brauner Ministerialrat oder gar ein leibhaftiger Minister mit einer „Wajsch“ mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß — Rede“ die verehrlichen Vertreter und gab unter Umständen sogar die Versicherung ab, daß die Regierung nicht ermangeln werde, die Wünsche und Anregungen im Auge zu behalten.

Der Erfolg? Das ganze deutsche Volk, vorne dran die deutschen Arbeitnehmer leiden bittere Not.

Und heute? Da vorne steht unser Kanzler und vertritt uns nicht mit schönen Redensarten. Er sagt nicht einmal, daß er mit Wohlwollen den Wünschen der Arbeiter gegenüberstehe, aber er bekennt in tiefer Bewegung, wie stolz er darauf sei, daß er selbst sich als Arbeiter auf dem Bau sein Brot verdient und daß er jahrelang als gewöhnlicher deut-

scher Soldat in den breiten Massen des Volkes gestanden habe.

Er gibt in seiner Rede, von der wir zuversichtlich hoffen, daß sie in kürzester Zeit gedruckt in die Hand jedes schaffenden Deutschen gelangt, ein plastisches Bild von der deutschen Arbeiterbewegung, von der verheerenden Wirkung der marxistischen Wühlarbeit, er zeichnet ein hinreißendes Gemälde vom deutschen Arbeiter als Soldat, von seiner Treue und von seiner Liebe zu seinem Volk.

Und dann beschreibt er den Weg, den das deutsche Arbeitertum gehen muß, um es zu einem tragenden Fundament des neuen Staates zu gestalten.

Seine heiße Sehnsucht nach der Erfüllung seines Strebens aber kleidete er in diese Worte:

„Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft!“

Es gab wohl keinen im Saal, dessen Innerstes nicht aufgewühlt war bis in seine Tiefen. Es hat wohl keiner von denen, die innerlich noch abseits standen, geögert, nunmehr unter der Schirmherrschaft dieses Führers sein Bestes zu geben, um ihm ein treuer Mitarbeiter an seinem großen Werke zu werden.

Und es ist wohl jedem von ihnen klar geworden, daß dieser Führer und seine Getreuen nicht mit tagelangem Reden sich erschöpfen, sondern daß sie Männer der Tat sind, die das, was sie sagen, auch zur Ausführung bringen.

Der äußere Verlauf dieses Kongresses war ein nationalsozialistischer. Eine kurze Begrüßung ohne Sentimentalität durch Pp. Dr. Schmeer, M. d. R., eine tiefempfundene kurze aber anfeuernde Ansprache des Führers der deutschen Arbeitsfront, Pp. Dr. Ley, M. d. R., nach der 1 1/2 stündigen Rede des Führers noch einige Worte des Reichsarbeitsministers Pp. Selbte und dann der deutschen Nation und somit dem deutschen Arbeitertum, dem Herrn Reichspräsidenten und dem Führer in die deutsche Freiheit Adolf Hitler ein dreifaches Sieg Heil!

Mit dem Gesang des Horst-Wessel-Liedes schließt dieser denkwürdige Arbeiterkongreß, der alle bisherigen Fehlschweife verfließt und die deutsche Arbeiterbewegung auf den einzig richtigen Weg hinüberleitet, auf den Weg in die Volksgemeinschaft.

bund“, „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, sowie kleinere Verbände der Führung des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit“ unter-

stellt sind, ordne ich an, daß Einzelverhandlungen allgemeiner Art, die Abschließung von Tarif- und Wirtschaftsverträgen usw. streng unterfertigt sind und fortan nur zentral vom Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit geführt werden.

Die Organisation der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 12. Mai.

NSR. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pp. Dr. Robert Ley, hat folgende Anordnungen erlassen:

Die Deutsche Arbeitsfront besteht aus dem Zentralbüro als der Leitung und den beiden Säulen: Gesamtverband der deutschen Arbeiter und Gesamtverband der deutschen Angestellten.

Das Zentralbüro hat die Aufgabe, die bisherigen Verbände in die neue Organisationsform zu überführen und den ständischen Aufbau mit vorzubereiten.

Zu diesem Zweck hat das Zentralbüro den Kleinen und den Großen Arbeitskonvent. Dem Kleinen Arbeitskonvent obliegt die Verwaltung der verschiedenen Ämter.

Dem Großen Arbeitskonvent gehört als Amt der Kleine Arbeitskonvent an. Darüber hinaus gehören diese Leiter der Hauptberufs- und Hauptsachschaffungen und sonstigen bedeutenden Vertreter der Gewerkschaftsbewegung an. Der Große Arbeitskonvent besteht aus 60 Mitgliedern.

Der Gesamtverband der Arbeiter und der Gesamtverband der Angestellten haben je einen Führer und einen Führerbeirat. Diese beiden Gesamtverbände haben eigene Finanzhoheit und das Bestimmungsrecht über die Personalpolitik in ihren Verbänden.

Selbstverständlich hat das Zentralbüro das Einspruchsrecht und über Zweifelsfälle die letzte Entscheidung.

Die erste Aufgabe der Gesamtverbände ist die Zusammenfassung der in den verschiedenen Gewerkschaften vorhandenen Berufsstände. Die Zusammenfassung der Holzarbeiter-, Bauarbeiter-, Metallarbeiterverbände usw., die Schaffung von Zentralkartotheken und Zentralkassen. Damit verbunden muß eine Angleichung der verschiedenen Beitragsleistungen erreicht werden, jedoch ist auch hier eine gemaßtete Nivellierung zu vermeiden.

Grundsätzlich wird in keiner Organisation abgestimmt, sondern der Führer wird ernannt, und die Entscheidung liegt immer in der Hand des ernannten Führers.

Den Mitgliedern des Großen Arbeitskonvents werden bestimmte und begrenzte Aufgaben übertragen, deren endgültige Festlegung in einer feierlichen Sitzung des Großen Arbeitskonvents verkündet wird.

Der Kleine Arbeitskonvent besteht aus folgenden Mitgliedern:

1. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront: Dr. Robert Ley, M. d. R.;
2. der Führer des Gesamtverbandes der Arbeiter: Walter Schumann;

3. der Führer des Gesamtverbandes der Angestellten: Albert Forster, M. d. R.;
4. der Leiter des Führeramtes Rudolf Schmeer, M. d. R.;
5. der Leiter des Amtes für soziale Fragen: Franz Stöhr, M. d. R.;
6. der Leiter des Organisationsamtes: Reinhold M u c h o w;
7. der Leiter des Propaganda- und Presseamtes: Hans Biallas;
8. der Leiter des Tarifamtes: noch nicht ernannt;
9. der Leiter der Rechtsabteilung: noch nicht ernannt;
10. der Leiter des Amtes für berufsständischen Aufbau: Dr. Mag. Frauendorfer;
11. der Leiter des Schulungsamtes: Otto G o h d e s, M. d. R.;
12. der Leiter der wirtschaftlichen Betriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten: Bankdir. Karl M ü l l e r;
13. der Schatzmeister: Paul B r i n k m a n n. Er verwaltet gleichzeitig die Kassen des Gesamtverbandes der Arbeiter;
14. der Leiter des Jugendamtes: noch nicht ernannt.

In den Großen Arbeitskonvent werden folgende Personen berufen: Die Leiter der Ämter im Kleinen Arbeitskonvent, die Leiter der Hauptberufs- und Hauptsachschaffungen.

Grundsätzlich werden zu Leitern der Ämter im Kleinen Arbeitskonvent und zu Leitern der Berufs- und Hauptsachschaffungen nur Parteigenossen ernannt, die bereits durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen haben, daß sie dieser Berufung würdig und dieser Aufgabe gewachsen sind.

Außerdem werden heute bereits in den Großen Arbeitskonvent folgende Personen berufen: Bernhard Otte, Berlin, Jakob Kaiser, Köln, Dr. Theodor Brauer, Königswinter, Franz Behrens, Berlin, Hermann Milchow, Hamburg, August Faltin, Berlin.

Es wird meine Hauptaufgabe sein, die Deutsche Arbeitsfront so lebendig wie möglich zu halten. Sie darf nicht wieder in den gleichen Erstarrungszustand verfallen, an dem die alten Gewerkschaften zugrunde gegangen sind.

Das endgültige Ziel ist die Schaffung der Stände, die als Bausteine dem neuen Staat eingefügt werden.

Berlin, den 11. Mai 1933.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront
gez.: Dr. Robert Ley.

Die Anordnungen des Leiters des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit

Anordnung 1.

Der Führer der Arbeiterverbände, Pp. Walter Schumann, M. d. R., übernimmt ab heute die gesamte Leitung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, sowie kleinerer Verbände und hat von mir dementsprechende Vollmachten erhalten. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 2.

Den Schatzmeister der Arbeiterverbände, Pp. Paul Brinkmann, und den Leiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.“, Pp. Karl Müller, beauftrage ich hiermit, die Kassen- und Finanzverrichtungen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände in die Hand zu nehmen, zu beaufsichtigen und zu kontrollieren und erteile beiden dazu alle nötigen Vollmachten. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 3.

Für die Erledigung aller organisatorischen Fragen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände, ernenne ich den Organisationsleiter des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit“, Pp. Reinhold

M u c h o w und beauftrage ihn gleichzeitig mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des neuen Organisationsaufbaues der beiden Einheitsverbände der Arbeiter und Angestellten zu beginnen. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 4.

Die Leitung der gesamten Gewerkschaftspresse des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände übernimmt der Presse- und Propagandaleiter des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit“, Pp. Hans Biallas. Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 5.

Wie mir gemeldet wurde, benutzen einige unverantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager die gewaltige Einheitsaktion in der Arbeiter- und Angestelltenschaft, um zu Tarifikündigungen zu schreiten und damit ihrer Profitgier zu dienen.

Ich warne und erkläre, daß bis zur endgültigen Formierung der deutschen Arbeitsfront alle Tarifverträge unbedingt inne zu halten sind und bitte die verantwortlichen Leitungen der NSD. in den Betrieben, im Wiederholungsfalle mir unverzüglich an die Zentralstelle Berlin C., Inselsstr. 6, Mitteilung zu machen.

Anordnung 6.

Nachdem der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“, „Allgemeine Freie Angestellten-

An die deutsche Gewerkschaftspresse!

Heute, am 2. Mai 1933, dem Tage, an dem das ganze deutsche Volk noch unter dem erschütternden Eindruck der gewaltigsten Kundgebung aller Zeiten steht, hat der Nationalsozialismus die Führung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an sich gerissen. Sämtliche Verbandsleitungen der „freien“ Gewerkschaften, des ADGB und Afa-Bundes wurden von den Führern der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation übernommen. Damit ist auch die Presse dieser Verbände der Leitung der NSD. unterstellt worden. Sämtliche Schriftleitungen der einzelnen Verbände sind der NSD.-Pressestelle unterstellt worden. Die bisherigen verantwortlichen Schriftleiter dieser Zeitschriften, deren langjährige Tätigkeit bewiesen hat, daß sie unfähig sind, ein deutsches Arbeiterblatt im nationalen und sozialistischen Geiste zu leiten, sind abgesetzt. Folgende Zeitschriften, die bisher von dem Bundesvorstand des ADGB. herausgebracht wurden, sind verboten:

- „Gewerkschaftszeitung“,
- die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“,
- „Die Arbeit“ und
- „Jugendführer“.

Diese Blätter befaßten sich nicht mehr mit Gewerkschaftsarbeiten, so, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, sondern sie haben sich bisher in weit stärkerem Maße als sozialdemokratische Parteiblätter betraachtet. Ihre politische Linie war nicht mehr die Sorge um das Wohl der deutschen Arbeiterschaft, sondern die Propagierung des marxistischen Klassenkampfgedankens. Die Büros dieser Zeitschriften werden besetzt und geschlossen. Dasselbe trifft auch für die von der Afa-Bundleitung herausgegebenen Zeitschrift „Afa-Bundeszeitung“ — auch diese wird verboten — zu.

Die Zentrale der deutschen Gewerkschaftspresse ist mit dem heutigen Tage die NSD.-Pressestelle. Die in der Bundesleitung des Afa-Bundes und des ADGB. bestehenden Sachausschüsse für die Gewerkschaftspresse stellen deshalb mit dem heutigen Tage ihre Tätigkeit ein. Informationen über den Aufbau und die Neugestaltung des deutschen Gewerkschaftswesens gehen sowohl der Gewerkschaftspresse als auch der gesamten übrigen deutschen Presse seitens der NSD.-Pressestelle zu. Die Zeitschrift der NSD., „Arbeitertum“, Blätter für Theorie und Praxis der NSD., wird mit dem heutigen Tage amtliches Organ des ADGB. und Afa-Bundes. Die nächste Folge dieser Zeitschrift wird bereits allen Mitgliedern der diesen beiden Bündnisse angeschlossenen Verbände zugestellt. Die Zeitschrift „Arbeitertum“, die bisher 14-tägig erscheint, wird ausgebaut und bereits ab 1. Juni 1933 wöchentlich erscheinen. Die außer dieser Zeitschrift noch bestehenden Fachorgane der einzelnen Verbände der freien Gewerkschaften erscheinen weiterhin neben dem Zentralorgan „Arbeitertum“. Die neue NSD.-Leitung dieser Blätter wird dafür sorgen, daß keinerlei Sabotage oder passive Resistenz die fruchtbringende Mitarbeit der Gewerkschaftspresse im Aufbau des neuen Deutschen Reiches hindert.

Im Auftrage des Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit
der Leiter der NSD.-Pressestelle
gez.: Biallas.

„Brich den Faden nicht der Freundschaft rasch entzwei! Wird er auch neu geknüpft, ein Knoten bleibt dabei.“
Fr. Rückert.

Sicherstellung des deutschen Arbeitsfriedens

Der Reichskommissar für die Wirtschaft und der Führer der Deutschen Arbeitsfront haben folgende Verfügung erlassen:

„Nationalsozialisten!

Deutsche Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust!

Der Staat ist unser! Die Macht kann uns niemand entreißen, die Wirtschaft ist unsere Wirtschaft, die Fabrik ist unsere Fabrik, der Schraubstock ist unser Schraubstock! Deshalb, weil dies so ist, muß jeder Versuch, das alles, was uns gehört, zu zerstören, im Keime erstickt werden, und ihr, die Garde der nationalsozialistischen Revolution, habt die hohe Aufgabe, rückwärtslos und unerbittlich alles zu zerschmettern und zu vernichten, was dieses herrliche Gut des deutschen Volkes antastet!

Nur die Feinde unserer Revolution können ein Interesse an Stilllegung, wilden Streiks, Aussparungen und ähnlichen Dingen haben.

Deshalb tretet ihnen entgegen, seid wachsam, duldet es nicht, denn es geht um den Erfolg und um den Sieg, es geht um Deutschland und unser Volk.

Deshalb verfügen wir als die Vertreter der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeit im absoluten Einverständnis mit dem Führer folgendes:

In den Bezirken der Landesarbeitsämter werden als Vertreter der deutschen Wirtschaft folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt:

1. Brandenburg (Berlin): Pg. Müller;
2. Schlesien (Breslau): Pg. Dr. Hettner;
3. Sachsen (Dresden): Pg. Lenk;
4. Westfalen (Münster): Pg. Arnhold;
5. Hessen (Frankfurt a. M.): Pg. Dr. Braun;
6. Nordmark (Hamburg): Pg. Bötzger;
7. Niedersachsen (Hannover): Pg. Fromm;
8. Mitteldeutschland (Erfurt): Pg. Emers;
9. Ostpreußen (Königsberg): Pg. Magunia;
10. Bayern (München): Pg. Dr. Pfaff;
11. Pommern (Stettin): Pg. Dr. Jarmer;
12. Südwestdeutschland (Stuttgart): Pg. Rhein;
13. Rheinland (Köln): Pg. Dr. Klein.

Für die Deutsche Arbeitsfront werden in den Bezirken der Landesarbeitsämter

folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt:

1. Brandenburg (Berlin): Pg. Johannes Engel;
2. Schlesien (Breslau): Pg. Adolf Kulisch;
3. Sachsen (Dresden): Pg. Ernst Stiehler;
4. Westfalen (Münster): Pg. Walter Nagel;
5. Hessen (Frankfurt a. Main): Pg. Wilhelm Becker;
6. Nordmark (Hamburg): Pg. Bruno Stahmer;
7. Niedersachsen (Hannover): Pg. Karius;
8. Mitteldeutschland (Erfurt): Pg. Friedrich Triebel;
9. Ostpreußen (Königsberg): Pg. Ernst Duschön;
10. Bayern (München): Pg. Kurt Frey;
11. Pommern (Stettin): Pg. War Lietböhl;
12. Südwestdeutschland (Stuttgart): Pg. Fritz Plattner;
13. Rheinland (Köln): Pg. Richard Ohling.

Die Bezirksleiter der Wirtschaft und der Arbeit sind in ihren Gebieten allein verantwortlich für den Wirtschaftsfrieden und für den Aufbau. Da sie beide langerprobte Parteigenossen sind und damit eine Weltanschauung zur Grundlage haben, sind sie der nationalsozialistischen Revolution die Garanten für nationalsozialistisches Denken und Handeln innerhalb der deutschen Wirtschaft.

Sie ordnen die Tarifverhältnisse, sie wachen über den Arbeitsschutz und über das Arbeitsrecht, über die sozialen Maßnahmen, sie verhindern mit allen Mitteln wirtschaftliche Sabotage.

Sie allein sind uns, den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeit und damit dem Führer Adolf Hitler, für den reibungslosen Aufbau der deutschen Arbeit verantwortlich.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir auf die Dauer von acht Wochen einen

Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust geschlossen

haben, bis der ständige Aufbau der organisch gegliederten Wirtschaft durchgeführt ist.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft: gez.: Dr. Wagener.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront: gez.: Dr. Robert Ley.

Millionen Mark erhöht worden in der Voraussetzung, daß dieser Kredit für notwendige Straßenbauten verwendet wird.

Aus dem Sofortprogramm.

Im Rahmen des Sofortprogramms ist eine Reihe von weiteren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden in einem Gesamtwert von 4,96 Millionen Mark. Es handelt sich hierbei einmal um den Ausbau des Damms zwischen der Insel Nordstrand und dem Festland in Schleswig-Holstein, der 2,4 Millionen Mark beanspruchen wird. Etwa 600 Arbeitnehmer werden hier für zwei Jahre Beschäftigung finden bei rund 300 000 Tagewerken. Das zweite Projekt betrifft die Badische Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe, die ebenfalls eine Reihe von Schutzbauten gegen Hochwasser durchführen will in Höhe von 2 Millionen Mark bei einer Arbeitnehmerzahl von 1400 und rund 250 000 Tagewerken. Bei dem dritten bewilligten Darlehen in Höhe von 0,56 Millionen Mark handelt es sich um ähnliche Maßnahmen, die in dem niederschlesischen Hochwassergebiet der Bartschniederung zur Ausführung kommen sollen. Die Zahl der unterzubringenden Arbeitnehmer wird hier auf 800 und die Zahl der Tagewerke auf rund 100 000 geschätzt.

Vergebung von Gemeindeaufträgen

Der Preussische Ministerpräsident und Innenminister Göring hat an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sowie an die Gemeinden und Gemeindeverbände einen Erlaß gerichtet, der sich mit der Vergebung von Aufträgen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände beschäftigt.

Nach diesem Erlaß ist die Vergebung gemeindlicher Aufträge ausschließlich Sache der zuständigen Organe der Gemeinden und Gemeindeverbände. Schon aus rechtlichen Gründen könne es nicht in Betracht kommen, Vergabungen von dem Einverständnis oder der Zustimmung der außerhalb der Gemeinde stehender Organisationen, wie z. B. des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand oder sonstiger Einrichtungen abhängig zu machen. Darüber hinaus müsse von den zuständigen Organen der Gemeinde unter allen Umständen verlangt werden, daß sie bei der Vergebung von Aufträgen als hierfür allein verantwortliche Stellen auch jede Einflußnahme von außen her — auch durch Organisationen der erwähnten Art — ablehnen. Für die Vergebung gemeindlicher Aufträge dürfen nur die Interessen der Gemeinden oder des Gemeindeverbandes selbst, nicht die Sonderinteressen außenstehender Organisationen oder ihrer Mitglieder ausschlaggebend sein.

Das Steingrabmal

Eine wirtschaftspolitische Betrachtung.

Redaktion: Siehe auch „Steinarbeiter“ Nr. 17, 18 und 19/20

IV. (Schluß.)

Wir haben nun einen Zeitraum von hundert Jahren in der Entwicklung des Grabmals geschaut. Ein besonders künstlerischer Fortschritt ist nicht festzustellen, sondern es ist ein Auf- und Abwogen, das sich uns zeigt. Eine Menge Ursachen wirken zusammen, die die heutige Arbeitslosigkeit der Grabsteinmengen zur Folge haben. Die Hauptschuld trägt wohl der Grabmalhandel, der nach scheinbarer Blüte rasch den Verfall des Grabmalgewerbes herbeiführen mußte. Denn die Handelsspanne, der mühselige Gewinn an diesem an sich eigentlich nicht zum Handel tauglich sein sollenden Arbeitsprodukt, ist auch heute noch im Verhältnis zu groß. Die dadurch bedingte Verteuerung der Grabmale führte und verführte dazu, die Gesteinskosten für letztere auf ein Minimum herabzudrücken. Das konnte nur durch Vereinfachung der Bearbeitung geschehen, was sich wiederum im verringerten Lohnanteil für menschliche Arbeitskraft auswirkt und Arbeitslosigkeit für vorher benötigte Grabsteinmengen bedeutet. Denn Formenähnlichkeit der Grabmale, eine Erziehung der Bevölkerungsmasse zu wahrhafter Grabmalkunst war und ist für den Wiederver-

käufer nicht maßgebend, sondern nur der erzielende Gewinn.

Deswegen muß untersucht werden, ob es wirklich so unwirtschaftlich ist, Grabmale am Ort herzustellen, wie es Oberbürgermeister i. R. Siegrist in seiner Denkschrift „Grabmalkunst, Natursteingewerbe und Friedhofsverwaltung“ behauptet. Dem Transport des Rohmaterials durch größeres Volumen und größeres Gewicht als die Fertigware und sonstigen wird eine Bedeutung gegeben, die ihr nicht zukommen kann, weil der Zwischenhandelsgehalt nicht die geringste Erwähnung dabei findet. Es ist auch nicht so, daß die größeren, in der Nähe ihrer Steinbrüch liegenden Werke nur eigenes Material verarbeiten. Denn der dort mit zur Verarbeitung gelangende Schwedische Granit bedarf als Rohmaterial einen Transportweg durch einen großen Teil Deutschlands. Als Fertigware beansprucht dann sehr oft einen guten Teil des vorherigen Transportweges zurück. Mit anderen außerordentlichem Steinmaterial ist es ebenso. Vergleicht man die Preise ab Werk zwischen gleichartigen Formen, Größen und Bearbeitungsweisen, so findet sich zwischen erstklassigem SS.-Granit und dem gleich dunklen Odenwald-Syenit ein Unterschied von 8—10%. SS.-Granit B. jedoch kostet genau das selbe wie I a dunkler Syenit. Die Bearbeitung dieser Materialien verursacht ziemlich dieselben Kosten. SS.-Granit I a ist ein sich wertvollere also teureres Material. Wo treten bei diesem Beispiel die Transportkosten für das nichteigene Rohmaterial hervor? Diese Beispiele könnten vermehrt werden.

Es existieren in Deutschland eine Menge großer Steinwerke, die nicht in der Nähe ihrer Brüche liegen und florieren trotz der Transportkosten für Rohmaterial. Freilich sind diese meist bei Bezug von „fremdem“ Material Großabnehmer für Rohmaterial und sie werden für diese günstigeren Preise vereinbaren können, als sie der Kleinmeister zugefunden erhält. Denn es ist etwa Absonderliches, der Preis von Rohmaterial in Haussteinen. Wir haben nämlich schon oft feststellen müssen, daß der Unterschied im Preis von Rohmaterial gegenüber dem der Fertigware in den verschiedensten Steinarten so gering ist, daß diese Differenz viel kleiner blieb, als selbst die niedrigsten Löhne für die Fertigwaren betragen müssen. Man kann dadurch zu der Vermutung gedrängt werden, es müsse jedes Kubikmeter Stein, das aus dem Bruch hinausgeht, ob er oder fertig, einen ganz bestimmten Betrag an Rendite bringen.

Es haben sich viele Steinwerke, die vorher in Bauarbeiten lieferten, durch Daniederliegen der Baumärkte auf Herstellung von Grabmalen verlegt. Das ist vermehrte Konkurrenz, die den Markt drückt, den Zwischenhändlergewinn jedoch nicht ausschalten kann, deswegen aber auch eine Verbilligung des Grabmalaes an sich nicht bewirkt, sondern die Beschäftigungsmöglichkeiten in Grabsteinmengen, auch der in den Bruchgebieten auf ein Minimum beschränkt.

In einigen Städten an der Wasserkante haben unsere Kollegen es nach dem Krieg verstanden durch Einrichten von Grabmalwerkstätten den Zwischenhändlergewinn auszuschalten. Er mit teilweise umgewandelt in Arbeitslohn für Grabsteinmengen, was ermöglicht, daß für billigeren Preis schönere Grabmale hergestellt und geliefert werden können, als es durch den Zwischenhandelsgehalt geschieht. Dadurch haben sich die dortigen Kollegen im engeren Kreis laufende Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, ohne die Kollegen in den Brüchen merklich zu schädigen.

Dieser Ausgleich wird auch im Großen zu schaffen sein, wenn alle berufenen Kräfte mitwirken. Denn es liegt nicht im Interesse aller unserer wirklichen Berufsangehörigen, dem Handel mit unserem Arbeitsprodukt zu einem Gewinn zu verhelfen, der ihm nicht zukommt. Nur dann wird es möglich sein, dem Volk auch im Grabmal wirkliche Kunst und keinen Kitsch zu bieten. Das Volk wird dann durch sein geläutertes Werturteil dem Grabmalgewerbe auf die Höhe helfen, der Bedeutung entsprechend, die ihm innerhalb der Volkswirtschaft zukommt. Wenn das Grabmal beurteilt und gemürdigt wird, durch die massenmäßiger Arbeit geschaffene Form, dann wird uns Grabsteinmengen Arbeitslosigkeit in heutigem Ausmaß fernbleiben. Innere Befriedigung werden wir dann wieder bei unserer Arbeit finden und weil uns der uns gebührende Anteil wird, mit dazu beitragen, die Grabmalkultur aus ihrem jetzigen Tiefstand emporzuheben. H. Sch.

Zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit

Die Verkürzung der Arbeitszeit, als Faktor der Milderung der Wirtschaftskrise, wird in zahlreichen Ländern ausgiebig erörtert. Der „Internationale Rundschau der Arbeit“, der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, entnehmen wir nachstehende Daten:

Die Zeitwerke in Jena haben die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzt. Der garantierte Mindestlohn wird um 8 v. H. und die Zeit- und Stücklohnsätze werden um 12 v. H. erhöht. Bis zum 30. 9. 1933 werden außerdem die Arbeitsstunden unter 42, die von den Arbeitern nicht geleistet werden, mit dem halben Mindestlohn abgegolten.

Die Hafenkommission von Vancouver (Kanada) hat beschlossen, die Fünftageswoche und die Sechsstundenschicht einzuführen. Es soll in zwei Sechsstundenschichten täglich gearbeitet werden.

In dem amtlichen Organ der Papier- und Zellstoffindustrie Kanadas werden die folgenden Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Es wird zunächst ausgeführt, daß während der letzten 25 Jahre eine grundlegende Umstellung der Arbeitszeit nicht erfolgt sei, in vielen Betrieben sei das Dreißigstündensystem eingeführt, in manchen würde aber noch mit zwei Schichten gearbeitet. Der nächste Schritt sei die Einführung von vier Sechsstundenschichten, wie das bereits in einigen Papierfabriken schon erfolgt sei.

In der Abgeordnetenkammer der argentinischen Provinz Kordoba wurde ein Gesetzentwurf zur Einführung des Sechstundentages und der 36-Stundenwoche eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht die Einführung des Sechstundentages und der 36-Stundenwoche für alle Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf ihren

Beruf vor, einschließlich der von der Provinz beschäftigten Personen. Für Frauen und Jugendliche, für Arbeiter und Angestellte, die nachts oder bei gesundheitsgefährlicher und gefährlicher Arbeit beschäftigt werden, soll die Arbeitszeit 5 Stunden täglich und 30 Stunden wöchentlich betragen. Bei steigender Arbeitslosigkeit sollen die Behörden zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit befugt sein. Die Löhne und Gehälter sollen unverändert bleiben.

Vom Senat der Vereinigten Staaten wurde auf Grund einer Entschließung, die Senator Black eingebracht hat, ein Unterschuß eingeleitet, der am 5. 1. 1933 über einen Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung der Fünftageswoche und des Sechstundentages in allen Industrien zu verhandeln begann, deren Erzeugnisse im zwischenstaatlichen Handel abgesetzt werden. Der Zweck des Gesetzes besteht nach Senator Black darin, jeden zwischenstaatlichen Handel für ungeschützt zu erklären, wenn die Waren aus irgendeinem Bergwerk, Steinbruch, einer Spinnerei, Konservenfabrik, Werkstatt, Fabrik oder Gewerbebetrieben in den Vereinigten Staaten stammen, die länger als 5 Tage in der Woche oder 6 Stunden täglich arbeiten. Senator Black führte aus, daß er nicht wisse, welcher Produktionsanteil durch diese Maßnahmen betroffen würde, aber nach seiner Überzeugung dürfte er ziemlich groß sein. Der Gesetzentwurf würde zur Folge haben, daß mehr Arbeiter in jedem Industriebezirk beschäftigt würden, dessen Absatzgebiet außerhalb der Grenzen des Bundesstaates läge, in dem er selbst seinen Sitz habe.

In einer Reihe anderer Staaten wird die gesetzliche Einschränkung und Erschwerung der Überstunden behandelt.

Die Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens

Um etwaigen Beunruhigungen der Gewerkschaftsmitglieder vorzubeugen, wird von Bankdirektor Pg. Müller bekanntgegeben: Die Beschlagnahme des Gesamtvermögens der Gewerkschaften war deshalb erfolgt, um zu verhindern, daß von den früheren „Führern“ der Gewerkschaften über Vermögensbestandteile der Gewerkschaften zum Nachteil der Gewerkschaftsmitglieder

verfügt werde. Die Beschlagnahme dient lediglich den Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder. Der zum Pfleger der gesamten Gewerkschaften eingesezte Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Robert Ley, M. d. R., hat sofort die örtlichen Beauftragten der ISBD, als Unterpfleger eingesezt, so daß also der ungestörte Fortgang der Geschäfte gewährleistet ist.

Die Gleichhaltung der Konsumvereine

Die Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine haben folgende Erklärung abgegeben:

Die unterfertigten, gesetzlich vertretungsberechtigten Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, Köln, und der Gpegag unterwerfen sich hierdurch für sich und sämtliche ihrem Verband angeschlossenen Konsumgenossenschaften unwillkürlich und unbedingt der Befehls- und Verfügungsgewalt des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und des von diesem als Beauftragten für die Konsumgenossenschaften ernannten Pg. Karl Müller.

gez.: Peter Schlack gez.: Rob. Schloesser
gez.: Fritz Klein.

Die Geschäftsführer der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine haben folgende Erklärung abgegeben:

Die unterfertigten, gesetzlich vertretungsberechtigten Geschäftsführer der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, unterwerfen sich hierdurch für sich und für sämtliche ihrem Verband angeschlossenen Konsumgenossenschaften unwillkürlich und unbedingt der Befehls- und Verfügungsgewalt des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und des von diesem als Beauftragten für die Konsumgenossenschaften ernannten Pg. Karl Müller.

gez.: H. Everling gez.: A. Grahl.

Im Anschluß an diese Erklärungen hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront folgende Anordnungen erlassen:

Wie bereits Pg. Bankdirektor Müller in meinem Auftrag angekündigt hat, hat die Deutsche Arbeitsfront heute die Führung über die Konsumvereine übernommen. Die vertretungsberechtigten Geschäftsführer der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, Köln, haben sich bedingungslos und vorbehaltlos unterstellt.

Der Leiter der Wirtschaftsunternehmungen der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Bankdirektor Müller, übernimmt auch die Leitung der Konsumvereine. Diese Aktion geschieht zum Segen des deutschen Arbeiters, um auch hier die Ersparnisse der breiten Massen sicherzustellen und die Werte der Konsumvereine für das gesamte Wohl des Volkes nicht verfallen zu lassen.

Die Aktion selbst ist eine Abwicklungsaktion, das besagt, daß ein weiterer Ausbau nicht gebildet wird, daß schon jetzt alles Saule und Belastende in kürzester Zeit abgestoßen wird, daß im Einvernehmen mit den Vertretungen des Mittelstandes ein gerechter Ausgleich schon jetzt angebahnt wird. Die Dienststellen der ISBD werden erucht, ihre feindliche Einstellung den Konsumvereinen gegenüber abzulegen, denn sie können gewiß sein, daß von der Führung alles getan wird, was dem Wohle des Volkes und dem Wohle Deutschlands nützt.

Die zukünftige Organisation der Konsumvereine ist folgende:

Beide großen Reichsverbände der Konsumvereine werden in einen Reichsverband überge-

führt und zusammengefaßt. Damit wird in der Verwaltung große Ersparnis erzielt werden.

Grundfänglich wird in keiner Organisation mehr abgestimmt, sondern der Leiter, Pg. Müller, ist von mir ernannt, und er ist bevollmächtigt, weitere Leiter der einzelnen Bezirke und Ortsvereine zu ernennen.

Der Verwaltungsrat, der dem Pg. Müller beigegeben ist, wird die Kleine Kammer sein; außerdem wird eine Große Kammer gebildet werden, um das Verhältnis zwischen dem neuen ständigen Aufbau und den Konsumvereinen endgültig zu klären und um die Abwicklung um so sicherer und organischer gestalten zu können.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront gez.: Dr. R. Ley.

Der mit der Übernahme der Konsumvereine beauftragte Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten gibt bekannt:

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Arbeitsfront nicht Einrichtungen zerschlagen wird, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen. Dennach können die Konsumvereine nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, vielmehr ist es wünschenswert, daß nach wie vor bei ihnen gekauft wird und sie in ihrer auf die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gerichteten Tätigkeit, gute und preiswerte Waren diesen Kreisen zu vermitteln, nicht gestört werden. Es muß dieses der entgegengeetzten Auffassung verschiedener Kampfbünde des Mittelstandes gegenüber ausgesprochen werden. Die Konsumvereine sind also bis auf weiteres nicht in ihrer Geschäftsbetätigung durch irgendwelche Maßnahmen örtlicher oder sonstiger Kreise zu hemmen; allerdings darf auch keine weitere Ausdehnung derselben stattfinden. Die großen Werte, die aus den Spargroschen der Arbeiter stammend, in den Konsumvereinen investiert sind, verlangen eine pflegliche Behandlung, damit sie nicht verfallen.

Arbeitsbeschaffung

410 Millionen für Arbeitsbeschaffung.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms haben die beiden daran beteiligten Institute, nämlich die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbank-Kredit-Anstalt, bisher für rund 410 Millionen Mark Darlehensanträge bewilligt. Für den Bau der Rheinbrücke bei Speyer, der insgesamt 9,6 Millionen Mark kosten wird, sind 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Dabei ist Voraussetzung, daß Bayern und Baden die beteiligten Uferländer die Restfinanzierung übernehmen werden. Diese Voraussetzung kann als gesichert gelten. Hierdurch ist bewirkt worden, daß der Bau der beiden Brücken bei Speyer und bei Magau gleichzeitig durchgeführt werden kann.

Der dem Provinzialverband der Rheinprovinz gewährte Kredit ist um 3 Millionen auf 10,9

Die Arbeitslosigkeit im Stein- arbeiterverbände Ende März und April 1933

Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Berufsgruppe	Ende April	Ende März
Steinarbeiter	53,5	58,9
Steinseger	66,4	73,7

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landes- arbeits- amtsbezirk	Insgesamt April: März v. S.	Stein- arbeiter April: März v. S.	Stein- seger April: März v. S.
Rheinland	80,9 : 86,5	86,6 : 87,0	91,1 : 81,5
Ostpreußen	80,5 : 83,5	62,0 : 68,8	87,0 : 95,7
Weisfalen	77,1 : 79,1	65,3 : 56,3	84,9 : 92,6
Brandenburg	68,3 : 73,2	61,0 : 69,0	80,1 : 85,4
Hessen	68,2 : 65,7	71,0 : 66,2	54,5 : 40,0
Pommern	66,2 : 66,3	62,7 : 59,8	70,5 : 76,2
Niederschlesien	65,7 : 73,6	64,5 : 72,0	66,4 : 71,3
Bayern	58,6 : 64,2	51,2 : 63,5	63,5 : 64,6
Mittel- deutschland	55,8 : 70,9	41,0 : 53,8	61,1 : 76,9
Südwest- deutschland	55,7 : 67,3	52,6 : 66,4	80,6 : 81,5
Nordmark	54,6 : 68,9	61,5 : 62,3	50,7 : 74,6
Schlesien	51,6 : 51,7	48,6 : 46,9	61,3 : 72,8
Sachsen	37,1 : 50,5	34,0 : 49,1	62,0 : 63,4
Reichsgebiet	57,9 : 62,9	53,5 : 58,9	66,4 : 73,7
1932	73,8 : 80,7	72,0 : 78,6	78,2 : 86,0
1931	57,7 : 67,1		
1930	41,4 : 48,4		
1929	11,6 : 32,8		
1928	4,1 : 8,4		

Steinbruchunglück in Fischhaus

Zu dem schon in der vorigen Nummer mitgeteilten schweren Unglücke im Steinbruch Krebs in Fischhaus bei Passau wird uns weiter gemeldet: Drei Viertel Stunden vor Arbeitsbeginn am 8. Mai löste sich im dortigen Schotterwerk plötzlich eine Felswand und stürzte auf die in der Bruchhöhle beschäftigten Arbeiter. Ein Kollege war sofort tot, drei schwer und einer leicht verletzt. Ein Schwerverletzter ist wenige Stunden nach dem Unglück seinen Verletzungen erlegen, ein weiterer Schwerverletzter schwebt noch immer in Lebensgefahr. Anscheinend konnte das große Unglück nur deshalb entstehen, weil der Abbau der betreffenden Bruchwand nicht vorschriftsmäßig erfolgte. Diese Bruchwand hat eine Höhe von 20 bis 40 Meter und verläuft von der Spitze bis zur Sohle ganz senkrecht. Die Vorschrift des terrassen- oder stufenmäßigen Abbaus fand keine Beachtung. Die Auswirkung des Unglücks war aber infolgedessen so folgenschwer, weil die Verunglückten auf der Bruchhöhle sich in einem Kessel befanden, der ringsum mit aufgeschichteten Bruchsteinen und Erdreich abgeschlossen war. Aus diesem Kessel führte kein direkter Ausgang ins Freie, so daß die im Kessel beschäftigten Kollegen der hereinströmenden Felswand auch nicht mehr entfliehen konnten. Der Betrieb wurde behördlicherseits bis auf weiteres geschlossen.

Die preußischen Straßen unter Friedr. dem Großen

I.

Friedrich Wilhelm I., dem Vater Friedrichs des Großen, ging der Ruf grüßter, sich bis zur Kleinlichkeit steigender Sparjamkeit voraus. Was Wunder, daß von dieser Sparjamkeit die Straßen Preußens in besondere Mitleidenschaft gezogen wurden. Zwar war jene Zeit dem Verkehrswesen und dem Straßenbau allgemein nicht günstig, aber doch wurde im benachbarten Kurfürstentum Sachsen unter August dem Starken doch schon Erkleckliches im Straßenbau geleistet. Das Wort Justus Möjers, des Osnabrücker Patrioten:

„Ein Fürst kann gar keine edlere Art der Verschwendung, da doch etwas zum Glanze des Hofes gesehen muß, wählen, als die Verschönerung der Heerstraßen“.

find schon eine Generation vor ihm in Sachsen Beachtung. In Preußen aber wurde während der Regierungszeit des Vaters Friedrichs des Großen für die Instandhaltung des Straßennetzes sehr wenig getan. Seine Patente und Reskripte über das Straßenwesen beziehen sich fast durchgehend mit der immer wiederholten Mahnung und Auforderung an die Landräte, Landbereiter und Zollbedienten, für die genaue Abführung der Straßenzölle besorgt zu sein und ein gutes Auge auf die Frachtfuhrleute zu haben, damit diese nicht die eigentliche Landstraße umfahren und durch Benutzung von „Bei- oder Schleimwegen“ den Straßenzoll unterschlagen. Erst im Jahre 1739, ein Jahr vor seinem Tode, erließ Friedrich Wilhelm I. für die Kurmark ein „Reglement wegen Verbesserung der Heerstraßen und Wege“. Nach diesem Reglement waren die Untertanen und besonders diejenigen zur Wege- und Straßenverbesserung, mit Ausnahme des Adels, verpflichtet, deren Grundstücke an die Straße grenzten. Ging die Straße oder der auszubessernde Weg nur durch adligen Grundbesitz, so waren die „Obrigkeiten“ zur Wegeverbesserung verpflichtet. Jedes Dorf war gehalten, die Wege in seinem Ortsbereich selbst in Ordnung zu bringen. Nach der Sommerfaat und nach der Ernte sollten die Straßenverbesserungsarbeiten in Angriff genommen und den genauen Zeitpunkt der Inangriffnahme der Arbeiten sollten die Dorfschulzen:

„Sonntags vorher den Gemeinen (Dorfbewohnern) vor der Kirche ankündigen und sie tags darauf zur wirklichen Arbeit anhalten.“

Die Untertanen jedes Dorfes mußten an diesen Arbeiten teilnehmen; keiner durfte sich dieser Arbeitspflicht entziehen, denn:

„nach gegebenem Aufgebot darf sich keiner unterstehen, auszubleiben, oder gewärtig sein, daß er sofort von der Obrigkeit durch Zwangsmittel dazu angehalten werde.“

Die wirklichen Arbeitsleistungen scheinen bei dieser Pflichtarbeit nicht sonderlich groß und die Arbeitsfreude der Bauern bei dieser Pflichtarbeit nicht weit her gewesen zu sein, denn dieses Reglement legt den Dorfschulzen nahe:

„Darum zu halten, daß die Gemeinen zu gleicher Zeit und Stunde auf und von der Arbeit gehen, die Schulzen sollen dabei bleiben und fleißig acht haben, das was Rechts getan werde, und die beste Dammezeit nicht unverrichteter Sache vorbeigehe.“

Selbstverständlich dürften irgendwelche technischen Anforderungen angeht dieser Art Straßenbau an die Straße nicht gestellt werden. Es waren

nur Erdstraßen, die bei trockenem Wetter wohl passierbar waren, aber sich in der nassen Jahreszeit, trotz aller Ausbesserungen wieder in Moräste verwandelten. Nur die gepflasterten Steindämme bildeten eine Ausnahme, wenn sie auch nach heutigen Begriffen schieflich für Pferd und Wagen genau so gefährlich wie die Erdstraßen wurden. Das Straßenreglement von 1739 bestimmt über dieses Steinpflaster folgendes:

„Diejenigen lehmigen und morastigen Wege und Dämme, wo es am Sande, aber nicht an Steinen fehlt, sollen, wenn die tiefsten Löcher mit Fajchinen gefüllt und mit Erde genugsam gedeckt, mit Feldsteinen be-
pflastert und wenigstens 1 1/2 rheinländische Ruthe breit gemacht werden, um sich mit Wagen auszuweichen, und solche nicht sobald, wie die schmalen Dämme, einzufahren, wie denn auch nicht zu flach gesetzt, sondern rund genug gewölbt werden muß.“

Neben dem Steinpflaster aber sollten „noch Nebenwege (die heute verächtlichen Sommerwege) apertiert und planiert werden.“ Aller zwei Jahre sollte der Straßendirektor die Heer- und Landstraßen bereisen und das Notwendige zur Verbesserung der Straßen veranlassen.

Daß angeht die künftigen Bestimmungen über das Straßenwesen, der mangelnden Großzügigkeit im Straßenbau allgemein, die Straßen selbst in einem erbärmlichen Zustande bei den im Jahre 1740 erfolgten Regierungsantritt Friedrichs des Großen waren, ist zu verstehen. Insbesondere müssen die Straßen in der Umgebung Berlins sich in einem besonders schlimmen Zustande befunden haben, denn nach dem ersten Reskripte Friedrichs des Großen sollten die Straßen im fünfmeiligen Umkreis von Berlin zuerst in Ordnung gebracht werden. Da in Berlin alle Straßen der Kurmark zusammenliefen, sollte 1742 mit der Straßenerverbesserung begonnen und alle Land- und Steuerräte angewiesen werden:

„daß sowohl die Residenz, als jedes Dorf ohne Ausnahme, soweit es dazu verbunden, die Wege entweder durch Stein- oder Knüppeldämme oder durch Grabenziehungen in tüchtigen Stand setzen sollen.“

Gegenüber den früheren Zuständen ist besonders der Hinweis beachtlich, der die Verbesserung der Wege durch Stein- oder Knüppeldämme vorsieht. Ohne weiteres ist der Ausbau der Straßen mittels Steinpflaster als ein Fortschritt gegenüber den grundlosen Erdstraßen zu betrachten, deren Erhaltung ein Stück Sippusarbeit war, die jede neue Jahreszeit vernichtete. Hinzu aber kam, daß die königlichen Kassen, was früher nicht der Fall, ein Teil der Straßenbaukosten trugen. Es wird zur Verbesserung der Straßen und Steinpflaster bestimmt, daß:

„Zur Anfertigung der Steindämme die Untertanen den Sand und die Steine anzufahren, die Obrigkeiten aber den Seyerlohn zu bezahlen haben.“

Doch dieser Anstoß zur Verbesserung der Straßen blieb schon in seinen Anfängen stecken. Die Kriege, die Friedrich mit Maria Theresia um den Besitz Schlesiens 1740 bis 1745 führte, zwangen dazu, die Mittel zur Verbesserung der Straßen ganz einzuschränken. Die Straßen blieben weiter für Handel und Frachtverkehr das Schmerzenskind. Der anfängliche Eifer erkaltete sehr schnell. Schon im Jahre 1747 beklagten sich die Fuhrleute, die zur Meise nach Frankfurt a. d. Oder gekommen

waren, über den außerordentlich schlechten Zustand der Straßen. So sei die Straße Brandenburg-Berlin bei dem Dorf Tremmen durch morastige Löcher unpassierbar gewesen; die Straße bei Treplin im Kreise Lebus sei nur dadurch zu befahren gewesen, daß von den Fuhrleuten einige Schok Stroh in die sumpfigen Löcher dieser Straße geworfen wurden. Die Frankfurter „Mess-Commerciale-Commission“, der diese Klagen vorgetragen wurden, regte bei der Kgl. General-Direktion in Berlin an, durch Ebiat die Kammer erneut auf die Verbesserung der Straßen und Wege hinzuweisen. Doch der Wunsch nach besseren Straßen im Interesse des Handels und des Verkehrs konnte nicht erfüllt werden. Im Jahre 1749 wurde zwar dekretiert, daß die Unterhaltung der Straßen, Brücken und Dämme nach wie vor der Kgl. Kriegs-Domänenkammer unterstellt sei, aber die Landesteile Pommern, Lauenburg, Butow, Ostfriesland mit dem Harlinger Lande, Ostpreußen, Geldern, Schleien mit der Grafschaft Glatz, Cleve und Halberstadt sollten eigene Wegereglements erhalten.

Merf Dir, daß . . .

... die Muttermilch für den Säugling die beste unerfliche Nahrung ist, die nie verderben kann. Darum soll möglichst jede Mutter ihr Kind selbst stillen, sofern es der Arzt nicht aus besonderen, zwingenden Gründen verbietet.

... gesunde Zähne für eine geregelte Verbauung von größter Wichtigkeit, kranke Zähne aber oft eine gefährliche Krankheitsquelle sind. Darum puge die Zähne abends und morgens und sude mindestens zweimal im Jahr den Zahnarzt auf.

... man stets mit geschlossenem Munde durch die Nase atmen soll. Sie ist ein Wächter der Gesundheit, der die kalte Luft vor dem Eintritt in die Lungen vorwärmt und Staub und Krankheitsstoffe größtenteils von den Atemwegen fernhält.

... der Staat vom Arzt eine mindestens sechsjährige Ausbildungszeit verlangt, vom Kurpfuscher aber überhaupt keine.

... der gesunde Erwachsene täglich mindestens acht Stunden Schlaf braucht, das Schulkind zehn bis zwölf. Der Säugling aber verschläft mehr als die Hälfte seines Lebens.

... beim Husten und Niesen Krankheitskeime in Gestalt feinsten Tröpfchen in die Luft verstreut werden. Deshalb muß man sich beim Husten und Niesen stets abwenden oder mindestens ein Taschentuch vors Gesicht halten.

... man das Abendbrot spätestens zwei bis drei Stunden vor dem Zubettgehen einnehmen soll. Die Verbauung ist somit bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig beendet und beeinträchtigt dann das Einschlafen wie den Schlaf selbst.

... auch der Arzt nur ein Mensch ist. Darum quäle ihn nicht mit überflüssigen Klagen und rufe ihn im Bedarfsfalle stets so rechtzeitig, daß er sich seinen Tag einteilen und jedem seiner Patienten gerecht werden kann.

... die Sonne eine große Heil- und Schutzkraft gegenüber Krankheit und Bakterien besitzt. Darum nütze jeden Sonnenstrahl für deine Gesundheit und laß Sonne an deinen Körper, in deine Wohnung, an deine Betten.

... die Pocken, jene furchtbare Geißel der Menschheit, in allen den Ländern restlos verschwunden sind, in denen die gefehliche Schutzpockenimpfung eingeführt ist. Die Impfung selbst ist völlig gefahrlos und verlangt nichts weiter als peinliche Sauberkeit.

Der Altar von Pergamon

Pergamon besitzt einen großen marmornen Altar, vierzig Fuß hoch mit gewaltigen Skulpturen; er enthält einen Gigantenkampf. — So berichtet einst kurz ein römischer Schriftsteller Ampelius. Auf dem dreihundert Meter hohen Burgberg von Pergamon, einer Stadt unweit der westlichen Küste Kleasiens im alten Griechenland, dort thronte auf sonziger Höhe, wohl ein Jahrtausend hindurch in erhabener Schönheit seines Stils dieses Meisterwerk klassischer Baukunst, der weltberühmte Altar von Pergamon. Seine Entstehung soll in die Zeit von 197—159 v. Chr. fallen; er wird vermutlich ein Monument des Dankes an die Götter gewesen sein, den König Eumenes II. ihnen darbrachte, nach dem Siege über die Galater, welche die griechische Kultur bedrohten. Welchem bestimmten Kult der Altar diente, konnte jedoch bisher nicht festgestellt werden. Der Altar ist als selbständiger Monumentalbau aufzufassen, als ein gewaltiger zwölf Meter hoher architektonisch reicher Umbau einer Opferstätte im Freien, die keinem Tempel zugehörte. Zu Ende des ersten Jahrtausends n. Chr. hatte wohl der Verfall griechischer Kultur im damaligen Byzanz bereits einen Tiefstand erreicht, der jegliches Verständnis und jede Pietät für die großen Werke der Baukunst klassischer Vorfahren ausschloß. Die alten Prachtbauten wurden abgetragen und die Steinquadern zur Befestigung der Stadtmauer verwendet, um diese gegen die anrückenden Mohammedaner zu befestigen, trotzdem in der Umgebung an Steinmaterial kein Mangel bestand. So wurde denn auch der Altar von Pergamon gänzlich zerstört, weder Beschreibung noch Abbildung waren vorhanden. Bis zum Jahre 1873 be-

stand kaum noch eine Erinnerung an ihn. Da war es ein deutscher Forscher, Carl Humann, der beim Abbruch einer solchen Mauer Stücke von marmornen Hochreliefs entdeckte, von denen er mehrere an die Antikenabteilung des alten Museums zu Berlin sandte. Später erst, im Jahre 1878, wurde derselbe Forscher von der Direktion des Museums beauftragt, nach Spuren des ursprünglichen Bauwerkes zu suchen. Die bereits gefundenen Reste des Gigantenfrieses, in Zusammenhang gebracht mit dem eingangs erwähnten Bericht des römischen Schriftstellers, ergaben dann auch die erste Spur zu dem verschollenen Kunstwerk. Bald war auch das Fundament gefunden, aus dessen Trümmern die Grundmaße von 36,44 x 34,20 m und auch weitere Schlußfolgerungen erfolgen konnten. Langjährige Forscherarbeit und unbegrenzte gebildige Ausdauer der beteiligten Architekten, Bildhauer usw. hatten auch den Erfolg, daß weitere Teile des Gigantenkampfes, Säulen und Gesimse wie auch Teile des kleineren, sog. Telephosfrieses geborgen und zusammengeführt werden konnten. Die räumlichen Verhältnisse im alten Museum gestatteten nur die Ausstellung von einzelnen Fundstücken; erst der 1930 vollendete Neubau des von Mr. Messel und Ludwig Hoffmann erbauten neuen Museums schuf Raumverhältnisse, die den Aufbau des rekonstruierten Altars ermöglichten. Es ist der Saal III des Pergamon-Museums in Berlin, der eine Höhe von 18,20 m und eine Bodenfläche von 30 x 48 m aufweist, in dem das antike Heiligtum seine Auferstehung feiert. Nur der dritte Teil des ganzen Altars konnte Aufstellung finden aus räumlichen wie sachlichen Gründen. — Es soll nun im folgenden keineswegs eine eingehende langweilige Beschreibung der einzelnen Teile und der stilistischen Eigenheit des Bauwerkes gegeben werden, dieses könnte nur an Hand zeichnerischer Darstellung geschehen, die ja technisch und räumlich in unserer Zeitung nicht in Betracht kommen kann. Wir wollen vielmehr nur einen psychologischen Eindruck vermitteln, der zum Selbstschauen des Kunstwerkes anregen soll, denn irgend die Möglichkeit dazu sich bietet, jedoch unter nur flüchtiger Andeutung der Teile und des Aufbaues des Altars. Wir wollen uns auch nicht aufhalten mit den verschiedenen andern Teilen der Antikenabteilung mit den Werken der frühgriechischen und hellenistischen Baukunst, den Bauten und Stücken aus Milet Priene, Magnesia u. a., sondern wir betreten nunmehr das Heiligtum von Pergamon.

Weihelvolle Stimmung beherrscht den großen Raum. Überwältigt von eckförmigem Erschauern stehen wir wie fromme Beter vor dem Altar, wir schauen und warten, als müsse nun etwas geschehen, als solle der weiße Marmor beginnen zu erzäh-

len, — und wirklich ist es wohl auch so, alles, was man hier erschaut, redet eine lebendige Sprache. Der Genius einer hohen Kunst und der Geist eines fernern, längst verklungenen Mythos einer großen Kultur wirken fortlebend in der Schönheit antiker Formgestaltung, sie halten uns fest in ihrem magischen Bann. Klassische Gesetzmäßigkeit, würdige Ruhe und Harmonie im architektonischen Aufbau und rhythmische Anordnung von Massen und Gliedern, alles steigert sich zu erhabener Sinfonie. — Auf etwa quadratischer Grundfläche erhebt sich von der fünften Stufe der imposanten Freitreppe zu beiden Seiten derselben, auf schlichtem Sockel der fast 2 1/2 m hohe Gigantenfries, in seiner Unruhe das Gesamtbild kontrastlich unterbrechend, umrahmt durch kräftige Fußleiste und kräftig überragendes Abschlußgesims. Auf diesem erhebt sich etwas zurücktretend der imposante Oberbau. Ionische Säulen mit einfachen Achsenkapitellen in harmonisch abgestimmten Zwischenräumen aufgestellt, tragen den Architrav mit der Verdachung und dem schön gegliederten Abschlußgesims, dessen Ecken mit Tritonenfiguren bekörnt sind. Diese feierlich wirkende Säulenhalle zieht sich über die ganze Plattform hinweg, schließt die Freitreppe ab und bildet einen äußerst sinnreichen Zusammenschluß der beiden friesgeschmückten Seitenwangen. Alles ist edelstes Ebenmaß und sachlichste Selbstverständlichkeit, wohin auch der Blick sich wendet, nirgends Disharmonie, alles erscheint an der richtigen Stelle und im richtigen Maß, als könne es gar nicht anders sein, alles ist erhabene Würde und feierlicher Rhythmus.

Wie bereits erwähnt wurde, konnte nur ein Drittel des Altars wieder aufgebaut werden, deshalb wurden Friesplatten von dem nichtaufgebauten Teil an den Wänden des Saales angebracht. — Und nun der Gigantenkampf selbst; — was soll man viel davon erzählen, oder auch wie vieles könnte man davon erzählen, aber das muß doch selbst geschaut, so etwas muß miterlebt und empfunden werden. — Vom hohen Olymp sind sie herabgestiegen alle die Götter und Göttinnen, die kampfsüchtige Athene, die Jägerin Artemis mit ihren kämpfenden Hunden, der anmutige Apoll und der kraftstrotzende Gottvater Zeus und wie sie auch sonst alle heißen mögen. Die überirdischen Gewalten kämpfen mit den Mächten dieser Erde. Das ist ein brausendes Gewoge voll grauer Vernichtung und siegender Kraft, von heldenhaftem Ringen, Unterliegen und Sterben, ein Chaos von Menschen und Tierleibern, von flatternden Gewändern, zerschlagenen Waffen und Kampfgeräten; alles ist gespannte Kraft, rasende Bewegung und Fluß in sieghafter Lebensbegehung und unvermeidlichem Untergang. — Wohl ein Gleichnis mag es sein vom ewigen Kampf und

der Tragik des Menschengeschlechts und dem rücksichtslosen Walten unbekannter, unbegreiflicher Kräfte und Naturgewalten. Vielleicht auch ist es der biblische Ausbruch und die Vorausahnung des Verfalls der antiken Welt, des Verfalls ihrer hohen Kultur, die zur Zeit des Altarbaues bereits in Abwärtsbewegung sich befand. C. Bg.

Die Arbeit der Frau

Es zeugt von einer großen Unkenntnis von der Tätigkeit der Frauen am Volke, wenn man diese nicht voll würdigt. In der Berliner Ausstellung „Die Frau“ wird das Resultat der dreißigjährigen Tätigkeit einer thüringischen Bauersfrau folgendermaßen vergegenständlicht: 23.400 Brote und 7890 Kuchen gebacken, 29.850 Kilo Bohnen und Früchte getrocknet, 2400 Liter Konerven hergestellt, 1800 Schweine gemästet, 2880 Hühner aufgezogen, 9600 Stunden auf dem Markt gefessen, 494 Erntewagen und 200 Kinderkleider, 132 Männerhemden und 224 Socken gefertigt. — Nur selten kann die Tätigkeit einer Frau in Zahlen derart eindringlich vor Augen geführt werden. Die Hausarbeit, die Tätigkeit der Frau in der Ehe, bei der Aufzucht und Erziehung der Kinder, die sie unter Schmerzen geboren — das alles läßt sich nicht zahlenmäßig errechnen. Dennoch ist die Arbeit der Frau auf diesen Gebieten geradezu die Vorbedingung der Kultur und des Fortschritts. Dazu kommt noch ein anderes: Die Frau ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor; 65 v. H. des Volkseinkommens laufen durch die Hände der Frau. Es kommt sehr wesentlich darauf an, wie die Riesenmasse von 15 bis 20 Milliarden Mark, die die deutschen Hausfrauen anvertraut bekommen, in der deutschen Volkswirtschaft verwendet werden. Letzten Endes obliegt der Hausfrau die Verteilung des Einkommens des Mannes auf die einzelnen Posten des täglichen Lebens. Daß dadurch die Konjunktur der Verbrauchsgüterindustrie weitgehend beeinflusst werden kann, dürfte nicht außer Zweifel stehen. So ließen sich zahlreiche Belege für die Bedeutung der Tätigkeit der Hausfrau anführen. Es liegt teilweise auch an den Frauen selbst, wenn man ihr tägliches Mühen und Plagen nicht genügend berücksichtigt und würdigt.

Fürs Ganze.

Denke nicht immer an dich allein, füge gefällig dich dem Ganzen! Es können eben nicht alle tanzen, einer muß auch der Spielmann sein. Joh. Trojan.

Verbandstreue

Im Monat April 1933 konnten folgende Kollegen auf eine mindestens 25 jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken:

Ludwig Füllies in Bielefeld;
Kaber Rain in Böhli;
Ludwig Wärtel in Kassel;
Paul Edert in Grünberg (Schlesien);
Wilhelm Hoffmeister in Langenstein;
Almus Schlüter in Neumünster.

Den Verbandsjubilaren nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.

Aberholt und doch wissenschaftl. Die Anzahl der Zahlungseinstellungen, die im Oktober des Jahres 1931 mit 1435 Konkursen und 1010 Vergleichsverfahren ihren Höhepunkt erreichten, sind im April 1933 auf 373 Konkurse und 144 Vergleichsverfahren gesunken. Es wäre voreilig, diesen Rückgang als ein Symptom der sich besiegenden Wirtschaftslage jetzt schon zu bezeichnen. — Die Goldbestände aller europäischen Länder betragen am 1. Januar 1933 27 3/4 Milliarden Mark. Davon befanden sich im Besitze Frankreichs 13 1/2 Milliarden, im Besitze Deutschlands nur 893 Millionen Mark. — Die Schrumpfung der deutschen Ausfuhr hat im 1. Vierteljahre 1933 weitere Fortschritte gemacht. Sie senkte sich von 1448 Millionen RM. im 4. Vierteljahre 1932 auf 1190 Millionen RM. oder um 18 Prozent. Auch die deutsche Einfuhr ist weiter rückläufig; diese senkte sich von 1214 Millionen RM. im 4. Vierteljahre 1932 auf 1077 Millionen RM. oder um 11 Prozent. — Im März 1933 ereigneten sich in Groß-Berlin auf Altpfahlfahrten 1131 Verkehrsunfälle, dagegen auf Steinpflasterstraßen nur 413, obwohl die Mehrzahl der Berliner Straßen Steinpflaster aufweist. Ein neuer Beweis, daß das Steinpflaster die verkehrssicherste Straßendecke ist. — Im ersten Vierteljahre 1933 sind 3234 Personenkraftwagen mehr im Handel abgesetzt worden, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nur der Absatz der Kraftwagen konnte die Absatzzahlen des Vorjahres nicht erreichen. — Die deutsche Buttererzeugung betrug im Jahre 1931 nach der Zeitschrift „Statistik und Wirtschaft“ 7 600 000 Zentner. Jeder deutsche Einwohner konnte darum im ganzen Jahre 1931 12,3 Pfund deutsche Butter kaufen. — Die Auslandsverschuldung der deutschen Wirtschaft (öffentliche Hand, Banken und übrige Wirtschaft) betrug am 30. September 1932 insgesamt 19 528 Millionen RM. — Vom 31. März 1932 bis zum 31. März 1933 hat sich das Reinvermögen der Invalidentversicherung von 1328 Millionen RM. um 143 Millionen RM. auf 1185 Millionen RM. verringert. In der gleichen Zeit erhöhte sich das Reinvermögen der Angestelltenversicherung von 1874 Millionen RM. um 184 Millionen RM. auf 2058 Millionen RM. — In den größeren deutschen Ländern wurden am 31. März 1933 Wohlfahrtsvereinsmitglieder: Preußen 1 555 833, Bayern 1 726 27, Sachsen 308 672, Württemberg 30 796, Baden 54 591, Thüringen 54 501, Hessen 47 745, Hamburg 79 214. — Die Wirtschaftsbelebung macht in Deutschland allenthalben Fortschritte. Bemerkenswert ist, daß die Belebung auf diejenigen Ausschnitte der Produktion entfallen, die nicht mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängen. Im ersten Vierteljahre 1933 stieg die Förderung von Steinkohle gegenüber dem gleichen Zeitraum 1932 von 25,5 auf 27,1 Mill. Tonnen, Braunkohle von 29,1 auf 30,7 Mill. Tonnen; die Koksproduktion erhöhte sich von 4,8 auf 5,1 Mill. Tonnen, die Roheisenerzeugung von 1,0 auf 1,2 Mill. Tonnen. Der Zementabsatz erfuhr eine Erhöhung von 385 000 auf 535 000 Tonnen. Der Kaliabsatz stieg auf 45 000 Tonnen. Die Symptome der deutschen Wirtschaftsbelebung sind vorwiegend binnenwirtschaftlicher Natur.

Die Wirtschaftsbelebung macht in Deutschland allenthalben Fortschritte. Bemerkenswert ist, daß die Belebung auf diejenigen Ausschnitte der Produktion entfallen, die nicht mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängen. Im ersten Vierteljahre 1933 stieg die Förderung von Steinkohle gegenüber dem gleichen Zeitraum 1932 von 25,5 auf 27,1 Mill. Tonnen, Braunkohle von 29,1 auf 30,7 Mill. Tonnen; die Koksproduktion erhöhte sich von 4,8 auf 5,1 Mill. Tonnen, die Roheisenerzeugung von 1,0 auf 1,2 Mill. Tonnen. Der Zementabsatz erfuhr eine Erhöhung von 385 000 auf 535 000 Tonnen. Der Kaliabsatz stieg auf 45 000 Tonnen. Die Symptome der deutschen Wirtschaftsbelebung sind vorwiegend binnenwirtschaftlicher Natur.

Dänemark. Die dänische Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, der die vorübergehende Einführung der 40-Stundenwoche bei gewissen öffentlichen und privaten Arbeiten vorsieht. Auch soll das Leisten von Überstunden durch Gesetz stark eingeschränkt werden.

Österreich. Das Sozialministerium hat alle Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, auf die strikte Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen zu achten und energische Maßnahmen gegen jede unerlaubte Überarbeit zu treffen.

Ungarn. Die Budapesterverwaltung sprach sich zugunsten der 40-Stundenwoche aus. Diesbezügliche Resolutionen wurden sowohl in der Plenarsitzung wie auch von den Behörden selbst angenommen. Es wurde eine Petition an die Regierung gefordert, die die baldigste Einführung der 40-Stundenwoche verlangt. Ein Kongreß der ungarischen Gemeindeverbände richtete ein gleiches Ersuchen an die ungarische Regierung.

Tschechoslowakei. Gelegentlich einer Rede im Senat sprach sich der Sozialminister für die Einführung der 40-Stundenwoche als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei gleichbleibenden Löhnen aus.

Fettverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung. Im Rahmen der Neuordnung der deutschen Fettwirtschaft, die die Verwendung inländischer tierischer Fette zum Ziele hat, hat die Reichsregierung Verbilligungsmaßnahmen für die minderbemittelte Bevölkerung in die Wege geleitet, deren Finanzierung aus dem Aufkommen der Verbrauchssteuerung von Margarine, Kunstspeisefett, Speisöl, Pflanzenfett usw. erfolgt. Zu diesem Zweck werden Reichsverbilligungsscheine ausgeben. Und zwar wird bestimmt, daß nachziehende Bevölkerungskreise diese Reichsverbilligungsscheine erhalten: Hauptunterstützungsempfänger und Zuschlagsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, die Empfänger von Zuschlagsempfänger sowie die Empfänger von Elternbeihilfe, die Sozialrentner, ihre Ehefrauen und unterhaltsberechtigten minderjährigen Kinder, Sozialrentner in diesem Sinne sind alle Empfänger von Renten der Unfall-, der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschafflichen Pensionsversicherung.

Auf den Reichsverbilligungsscheine können Butter, Käse, Schmalz, Rohfett, Speck, Talg, Speisöl, Margarine und Kunstspeisefett bezogen werden. Die Verbilligung beträgt je Pfund 25 Pf. Auf geringere Mengen als 1/2 Pfund für Butter und Käse und 1 Pfund bei den übrigen Fettstoffen darf eine Verbilligung nicht gewährt werden. Die Ausgabe der Reichsverbilligungsscheine erfolgt für die Arbeitslosen-, Krisen- und Kurzarbeiterunterstützungsempfänger durch die Arbeitsämter, für alle anderen durch die Fürsorgeämter.

Wirtschaftsergebnisse der Steinindustrie. Die Bayerische Hartsteinindustrie AG. in München berichtet, daß trotz weitergeführter Sparmaßnahmen und trotz Produktionssteigerung im

Staub ist überall in der Luft, wo Menschen wohnen und arbeiten. Staubfreie Luft findet man nur über Schneeflächen und auf dem Meere. In der Großstadt aber müssen wir geplatzten Menschen dauernd Staub einatmen. Selbst wo uns die Luft rein zu sein scheint, zeigt uns ein Sonnenstrahl, der die feinen Staubteilchen aufleuchtet, daß auch hier Staub in der Luft schwebt.

Ist nun dieser Staub, den wir während unseres ganzen Lebens einatmen, gesundheitsschädlich? Unsere Organe sind auf die Abwehr des Staubes eingestellt. Der staubhaltige Luftstrom zieht an den Haaren des Naseninnern und an den feuchten Nasenschleimhäuten vorbei und wird hier nicht nur angewärmt, sondern auch von dem größten Teile seines Staubgehaltes befreit. Auch die Luftröhre und ihre Äste halten durch feinste Wimpern viel Staub zurück. Die zarten Härchen bewegen sich fortgesetzt in der Richtung nach dem Munde und werfen eingetragenen Staub, eingehüllt in Schleim, heraus, von dem wir uns durch Räuspern und Husten befreien. Noch ein weiterer Schutzfilter ist eingebaut: Es sind dies die Lymphgänge und Drüsen, die die Lungenwurzel umschließen und die feinen Staubteilchen in sich aufnehmen, um sie unschädlich zu machen. — Alle diese Schutzrichtungen zusammen genügen im gewöhnlichen Leben vollauf, um die Lungen vor schädlicher Verstaubung zu schützen. Anders ist dies im gewerblichen Leben. Hier entstehen Staubmengen und Staubarten von einer derartigen chemischen Beschaffenheit, daß die natürlichen Vorkehrungen der Atmungswege nicht mehr mit ihnen fertig werden können. Man unterscheidet tierischen Staub, z. B. bei der Verarbeitung von Horn, Elfenbein, Perlmutter, Schafwolle, Hasenhaar, Leder u. a.; pflanzlichen Staub, z. B. bei der Verarbeitung und Reinigung von Mehl, Gewürzen, Baumwolle, Jute, Tabak, Holz, Hafern, Papier usw. und schließlich mineralischen Staub bei der Verarbeitung von Sandstein, Gips, Zement, Quarz, Schmirgel, Albest u. a. m. Wenn auch Abfugungseinrichtungen in den Betrieben und feuchte Arbeitsmethoden dafür zu sorgen haben, daß der Staub nach Möglichkeit fortgeschafft wird, so haben doch die Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Berufsgruppen über dauernde Staubbelastung zu klagen. Während aber die Schädigungen durch tierischen und pflanzlichen Staub meist auf Luftröhrenkatarrhe beschränkt bleiben, entstehen durch

Jahre 1932 sich wieder ein Verlustabfluß ergeben habe. Der Gesamtverlust von 46 719 RM. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Hohburger Quarz-Porphyr-Werke AG. hat im Jahre 1932 infolge unzureichender Auftragserteilung ebenfalls mit Verlust gearbeitet. Die Unterbilanz wird sich gegenüber dem Vorjahre (264 600 RM. Verlustvortrag) nicht unerheblich erhöhen.

Porphyrrwerke Weinheim-Schriesheim AG. Die Abhängigkeit dieses Werkes lag im Jahre 1932 etwa 30 Prozent unter der des Vorjahres. Unter Heranziehung eines Gewinnvortrages vom vorigen Jahre in der Höhe von 28 004 RM. verbleibt ein Reingewinn von 1083 RM.

Die Sächsische Granit AG., vorm. E. G. Runath, in Dresden schließt das Geschäftsjahr 1932 ohne Saldo ab, nachdem im Vorjahre die Ausgleichung der Ertragsrechnung durch Einziehung eigener Aktien erfolgte.

Die Industrie- und Handelskammer Halle a. d. Saale berichtet über die Lage der Marmorwerke und Steinmetzgeschäfte ihres Bezirkes, daß im Jahre 1932 etwa 40 Prozent der Maschinen dieser Betriebe stillgestanden haben. Erst in den Monaten Oktober und November ist eine geringe Belebung eingetreten.

Projektierung einer Hochstraße in Amerika. Die Straßenkommission des Staates New-Jersey hat sich zum Bau einer besonderen Straße für den Fernkraftwagenverkehr entschlossen. Von dieser Anlage werden zwei Flüsse gekreuzt, was auf zwei Brücken geschieht, die, um den Flußverkehr nicht zu behindern, eine Höhe von 40 m

mineralischen Staub sehr ernste Erkrankungen. — Die frühere wissenschaftliche Auffassung führte diese Unterschiede in der Schädlichkeit der verschiedenen Staubarten auf ihre mechanische Beschaffenheit zurück. Die pflanzlichen und tierischen Staubarten sind verhältnismäßig großkörnig und zeigen unter dem Mikroskop wenig scharfe Ecken. Sie verlegen und reizen daher die Schleimhäute der Nase und der Luftröhre nicht so erheblich wie der Mineralstaub; insbesondere der Quarzstaub weist unter dem Mikroskop Spigen und scharfkantige Ecken auf. Aber auch hierin sieht die moderne gewerbemmedizinische Forschung nicht sein wichtigstes schädliches Moment, sondern vielmehr in seiner chemischen Beschaffenheit. Die schädlichen Staubteilchen sind nur so klein wie Bakterien. Sie dringen in die feinsten Lungenbläschen ein und wirken chemisch auf die Lungen, indem sie dort Schwielen und Knötchen erzeugen. Nach mehrjähriger Staubeinatmung, zuweilen erst nach einem Jahrzehnt, werden aus den Knötchen große Herde, die weite Teile der Lunge zerstören. So entsteht dann die schwere Staublungenkrankung, die mit Atemnot und quälendem Husten einhergeht und zu Arbeitsunfähigkeit führt. Sehr häufig vergesellschaftet sie sich mit der Lungentuberkulose, der sie den Weg bereitet. — Es sind zahlreiche Berufsgruppen, die von dieser gewerblichen Erkrankung bedroht werden. Besonders sind es die Metall- und Glaschleifer, die Bergleute, die Steinhauer und die Porzellan- und keramischen Arbeiter, die Sandstrahlbläser u. a. m. In jüngster Zeit hat man auch bei den Abstarbeitern ähnliche Krankheitsbilder erforscht, die an Schwere den Staublungen der Steinhauer keineswegs nachstehen, obwohl sich im Röntgenbilde keine so in die Augen fallenden Befunde ergeben. Leider genießen nicht alle Staublungenkranke den Schutz der Unfallversicherung. Es sind nur bestimmte Berufsgruppen, bei denen die Staublungenkrankung und auch nur ihre schwere Form als Berufskrankheit Anerkennung gefunden hat. Der Zukunft muß es vorbehalten bleiben, hier Wandel zu schaffen, damit endlich diese soziale Ungerechtigkeit ausgemerzt wird. Denn ein Staublungenkranke ist ein schwerleidender Mensch und nicht weniger ein Invalide der Arbeit als ein durch Unfall Verstümmelter.

haben; beide sind 420 m lang bei einer Spannweite der mittleren Öffnung von 165 m. Die zwischen den beiden Brücken liegenden riesigen Bade- und Rangieranlagen, Fabriken und Industriegebiete werden auf einen Abstand von 5 Kilometer Länge überschritten, dessen Abmessungen so gewählt sind, daß er an 20 Millionen Autos im Jahre bewältigen kann.

Die Marmorbeiträgen der „Montecatini“. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Mailand hat „zur technischen und kaufmännischen Rationalisierung“ die „Montecatini“ beschlossen, die seit vielen Jahren mit Verlust arbeitende „Societa Marmifera Nord Carrara“ (Kapital 25 Mill.) aufzulösen und ihre 72 Steinbrüche, Sägereien, Schleifereien und Lager an die ebenfalls zum Montecatini-Konzern gehörende Marmorgesellschaft „Marmi e Pietre d'Italia Soc. An.“ überzuleiten.

Der Marmorabfluß und Export ist in Italien seit 1926 um die Hälfte gesunken. 1932 betrug die Marmorgewinnung noch 274 740 To. im Vergleich zu 372 532 im Jahre 1931 und 550 000 im Jahre 1929. Die Preise sind ebenfalls infolge der Finanzierungsschwierigkeiten verschiedener Marmorunternehmen ständig gesunken.

Es wird daher im letzten Montecatini-Bericht eine Reorganisation der gesamten Marmorindustrie mit Regierungshilfe befürwortet, um einen industriellen und kommerziellen Verfall der großen Marmorgruben zu verhindern und zu verhüten, daß die ausländischen Absatzgebiete verloren gehen und der italienische Marmor durch andere Baumaterialien ersetzt wird.

Ideale und Wirtschaft

Trotz der anhaltenden großen Wirtschaftsnot und trotz der geradezu erschütternden Widersprüche und Sinnlosigkeiten im allgemeinen Wirtschaftsgeschehen bleibt das Wirtschaftsdenken der Gegenwart immer noch verworren, unsicher und oberflächlich. Die Wissenschaft dringt ja allerdings tiefer in das Wollen und Geschehen der Wirtschaft ein. Aber die Schlussfolgerungen aus dem, was untersucht und klargestellt wird, sind hier sehr verschieden, verschieden auch dann, wenn berücksichtigt wird, daß das Beharrungsgesetz zu beachten ist. Es wird aber auch schwer, wenn nicht unmöglich sein, die notwendige Wirtschaftsentwicklung der näheren Zukunft auch nur in großen Zügen vorauszuweisen und klarzulegen. Auch wenn zunächst nur rein theoretisch an die Dinge des wirtschaftlichen Lebens herangegangen wird, tauchen schon viele Zweifel und Unsicherheiten auf. Sie vermehren sich aber noch ganz gewaltig, wenn dann die bestehenden Wirtschaftstafeln mit einem vielleicht als gut und notwendig erkannten Zukunftsbild der Wirtschaft verglichen werden. Das Wirtschaftswollen wird aber geschwächt, wenn das Vertrauen zu den alten Wirtschaftsgrundlagen und Wirtschaftsgesetzlichkeiten, den ungeschriebenen Gesetzmäßigkeiten hauptsächlich, fehlt. Das Wirtschaftsgeschehen braucht unter allen Umständen zunächst den sicheren Glauben an die Richtigkeit und Notwendigkeit des Weges, auf dem sich die wirtschaftstätigen Menschen bewegen. Wenn dieser Glaube schwach geworden ist, ist es kaum möglich, eine tief daniederliegende Wirtschaft wieder hochzubringen. Alles Werden und Wachsen muß aus geistig-sitt-

lichen Kräften die wertvollste und unentbehrlichste Nahrung ziehen, auch das Werden und Wachsen und Widerstarkwerden des wirtschaftlichen Körpers, der ein Volk nähren soll.

Das fehlende Wirtschaftsvertrauen muß wieder gestärkt werden. Wirtschaftsvertrauen ist notwendig zwischen Mensch und Mensch innerhalb der Wirtschaft, zwischen Berufsgruppe und Berufsgruppe, zwischen Stand und Stand, zwischen Staat oder öffentlicher Körperschaft und Unternehmern und Gewerbetreibenden usw. Wirtschaftsvertrauen ist aber auch vor allem erforderlich zu dem gesamten geistigen und sittlichen Leben, das die Wirtschaft im Wollen und Tun beeinflusst. Die Ideen, die Ziele, die Rechte, die Gewohnheiten, die das Leben der Wirtschaft tragen, müssen Ideale darstellen; denn ohne den Glauben an Ideale und ohne das Ringen um die Verwirklichung von Idealen kann das menschliche Leben nirgends gesund und stark bleiben. Es gab eine Zeit, wo die Ideen, die die heutige Wirtschaft entwickelt haben, wo sie jetzt steht, allgemein als Ideale erfasst und verehrt wurden. Das ist heute nicht mehr der Fall, wenn auch zugegeben werden muß, daß die liberale Wirtschaftsidee noch große Anziehungskraft besitzt, besonders bei den Unternehmern und Kapitalisten. Das Vertrauen hat aber in der ganzen Welt so außerordentlich schwer gelitten, daß es heute einigermaßen gemagt ist, Dinge als Ideale hinzustellen, die sehr oft ganz zweifellos diese Bezeichnung nicht verdienen. (Fortsetzung folgt.)

- 1. Gau: Gollnow: Dorf.: Erich Meyer, Lindenstr. 28. — Stuhm: Dorf.: Ernst Nickel, Tragheimerweide, Post Marienwerder-Land (Westpr.), Kass.: Alfons Wischniewski, Weissenberg, Post Marienwerder (Westpr.) Land. — Schlawe: Dorf. und Kass.: Emil Brehmer, Lehmsiedlung.
2. Gau: Ahlau (Schlesien): Komm. Geschäftsführer: Friedrich Kammer, Gartenstr. 2. — Schadewalde: Dorf.: Bruno Rudolph, Schadewalde, Post Marklissa (Schl.), Nr. 101. — Sagan: Dorf. u. Kass.: Paul Dittrich, Kochusweg 12.
3. Gau: Ramez: Kass.: Richard Menichner, Wiesa, Nr. 60, Post Ramez i. Sa., Land. — Zwidau: Dorf. u. Kass.: Max Winkler, Glauchauer Str. 28, IV. — Weicha: Kass.: Max Singer Nr. 70 e, II.
4. Gau: Altenburg: Komm. Geschäftsf.: Dipl.-Ing. Herbert Kestler, Nordstr. 11. — Eifenberg: Kass.: Hans Neumann, Am Herrenberg 32. — Müheln: Kass.: Paul Mennicke, Müheln-Wenden. — Aberröblingen-Sangerhausen: Kass.: Paul Gille, Sangerhausen, Hospitalstr. 34. — Gommern: Beauftr. d. NSD. A. Lippmann, Brauhäuserstr. 26. — Federleben: Dorf. u. Kass.: Walter Riefenstein, Schadewalder Str.
5. Gau: Vohum: Dorf.: Gustav Tischen, Viktoriastr. 34 III. — Dortmund I: Dorf. u. Kass.: Christian Stöhr, Düsseldorfstr. 30. — Hahnenfurth: Dorf. u. Kass.: Joh. Sackin, Nr. 122. — Mahen: Kass.: Bezirksleiter: Jacob Haupt, Hotel „Sterngarten“, Koblenzer Str. 40, II.
7. Gau: Floß: Kass.: Hans Sommer I, Eigenheim Nr. 232 (Baugenossenschaft). — Pilgramsreuth: Dorf.: August Kästner, Nr. 52. — Triebendorf: Beauftr. d. NSD. Eduard Becker, Wiesa (Oberpf.).
8. Gau: Roth (Rhön): Dorf. u. Kass.: Edmund Leubeger, Stetten (Rhön), Post Mellichstadt-Land. — Steinach (Thür.): Dorf. u. Kass.: Ernst Bäh, Eichhornsgasse 40. Sämtliche Aufschriften für den Steinarbeiterverband Ortsgruppe Steinach (Thür. Wald) sind an die Kreis-Betriebszellenleitung, Lindenstraße 4, zu senden.
9. Gau: Gedern: Dorf.: Karl Krause, Schloßberg. — Münster (Kr. Dieburg): Kass.: Georg Ries, Bachgasse. — Klein-Kroenburg: Dorf.: Adam Vollert, Hindenburgstr. 21.
10. Gau: Goslar: Kass.: Wilhelm Peyer, Neue Str. 18. — Holzen: Dorf. u. Kass.: Heinz Grupe, Nr. 46. — Ösnabrück: Bezirksleiter: Jof. Droll, Kollegienwall 14, Hofg. 1. — Wieggersdorf: Kass.: Paul Wille, Ifeld (Südharz), Adolf-Hitler-Allee 13.
11. Gau: Herzswald: Stett. Dorf.: Anton Schiele, Martin-Luther-Str. 4, Kass.: Hans Tobias, Grimmer Str. 75. — Jeber: Dorf. u. Kass.: Steinarbeiter Bernhard Düts, Seegenstraße. — Nienburg: Dorf.: August Junger, Leinstr. 9, Kass.: Willi Koop, Steinmies, Mühlenortsweg. — Leer (Ostfriesl.): Dorf.: Theodor Krieter, Ithrhode (Ostfriesl.): Großwalder Str.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Im Postverkehr der Zahlstellen mit dem Hauptvorstand ist in letzter Zeit eine sich häufende ungenügende Frankierung der Einfendungen festzustellen. Die Folge davon ist, daß dadurch die Hauptkasse mit unnötigem Straporto belastet wird. Wir ersuchen aus diesem Grunde die Zahlstellenvorsitzenden, Kassierer und Funktionäre, bei ihrem brieflichen Verkehr mit dem Hauptvorstand für die richtige Frankierung der Einfendungen zu sorgen. Im besonderen weisen wir darauf hin, daß es bei über 20 g schweren Briefsendungen das Porto nicht 24 Pf. (2 Briefmarken à 12 Pf.), wie es häufig geschieht, sondern 25 Pf. betragen muß.

Der Bevollmächtigte der NSD.: Ludwig Ulrich.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtl. Werkzeuge für
den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin
N 31, Brunnenstraße 82

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
Fischhaus. Am 8. Mai der Hilfsarbeiter Michael Haberer, Berufsunfall bei dem Steinbruchglück in Fischhaus, Alter: 52 Jahre.
Ramez i. Sa. Der Steinmetz Emil Menichner, am 25. April an Herzschlag, 53 Jahre alt.
Bensheim a. B. Am 12. Mai der Steinmetz Christian Prell, 54 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
Zeil. Der Steinmetz Andreas Barth am 15. Mai an Lungentuberkulose. Alter: 53 Jahre.
Beiln. Am 18. Mai der Schleifer August Brüggemann, 72 Jahre alt, an Herz-Kreislauferkrankung.
Trebnitz i. Schl. Der Steinmetz Paul Eschierich am 19. Mai an Darmkrebs, 63 Jahre alt.
Degen. Am 13. Mai der Sandsteinmetz August Kolbeck, 59 Jahre alt, an Staublungenkrankung.
Chemnitz. Der Schleifer Robert Viehner am 14. Mai an Herzleiden, 64 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Der kommissarische Leiter: Ludwig Ulrich, Verlag: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, beide in Leipzig. Druck: Hugo Günther & Co., Leipzig D 6